



Nr. 453 | 24.07.2024

Russland-Analysen

- Stimmen aus Russland: Museumswesen
- Gewalt gegen Frauen

EDITORIAL	
Stimmen aus Russland	2
ANALYSE	
Kriegspropaganda: Russische Museen unter Druck Anonym (Russland)	3
ANALYSE	
Die russische Politik zur Frage häuslicher Gewalt und Beschränkungen der reproduktiven Rechte von Frauen Anonym (Russland)	8
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	14

Stimmen aus Russland

Im Zuge der Vollinvasion in die Ukraine ist in Russland die Kriegszensur hochgefahren worden, und die Repressionen gegen unabhängige und andersdenkende Personen haben massiv zugenommen. Viele Wissenschaftler:innen, Expert:innen und Aktivist:innen haben Russland verlassen oder müssen in ihrer Tätigkeit Selbstzensur walten lassen oder gar in den Untergrund gehen. Die allermeisten Universitäten haben sich durch die Unterschrift ihrer Rektor:innen hinter Russlands Angriffskrieg gestellt. Ende Juni 2024 wurde bekannt, dass die Fakultät für Politikwissenschaft der Europäischen Universität St. Petersburg geschlossen wird, ein trauriger Höhepunkt der schrittweisen Zerstörung der an internationalen Standards orientierten Sozialwissenschaften in Russland. Gleichzeitig erklärte der Kreml zahlreiche internationale Organisationen als »unerwünscht«, darunter viele deutsche. Dazu gehören nicht nur parteinahe Stiftungen wie die Heinrich-Böll-Stiftung oder die Friedrich-Ebert-Stiftung, sondern inzwischen auch zwei institutionelle Herausgeber der Russland-Analysen: das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO). Jegliche Zusammenarbeit mit »unerwünschten Organisationen« birgt erhebliche (straf-)rechtliche Risiken für russische Staatsbürger:innen, für jene, die in Russland verblieben sind, aber auch für solche, die inzwischen im Exil leben.

Dieser Gesamtkontext schränkt den potenziellen Kreis an Autor:innen massiv ein, die der deutschsprachigen Leserschaft Russland fundiert erklären können. So war es doch immer eines der Grundprinzipien der Länder-Analysen, Expert:innen aus den jeweiligen Ländern, in diesem Fall Russland, einen gewichtigen Platz in den Ausgaben einzuräumen. Inzwischen hat sich die Redaktion auf die Lage notgedrungen eingestellt. Diese Ausgabe mit »Stimmen aus Russland«, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben müssen, bietet mit zwei Analysen von unabhängigen Expert:innen einen sorgfältig recherchierten Einblick in zwei Themenbereiche, die derzeit aufgrund des Krieges wenig Aufmerksamkeit bekommen: die Museumslandschaft sowie häusliche Gewalt und die Einschränkungen reproduktiver Rechte von Frauen. Diese zwei Texte sind Teil einer Publikationsreihe, die die französische Nichtregierungsorganisation D'EST seit Beginn der Vollinvasion aufgesetzt hat. Daraus haben die Russland-Analysen zwei Texte ausgewählt, die wir in dieser Ausgabe vorstellen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

ANALYSE

Kriegspropaganda: Russische Museen unter Druck

Anonym (Russland)

DOI: 10.31205/RA.453.01

Zusammenfassung

Diese Analyse untersucht die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die russischen Museen und ihre Mitarbeiter:innen. Das Museumswesen ist maßgeblich durch sowjetische Traditionen und die jüngste Gesetzgebung zur »patriotischen« Erziehung und Zensur geprägt. Die seit der russischen Invasion in die Ukraine verstärkten staatlichen Eingriffe und ideologischen Vorgaben führen zu einer Abwanderung von Fachkräften, Zensur, und zu staatlichem Missbrauch von Museen als Propagandainstrumente. Der Beitrag beleuchtet die vielschichtigen Reaktionen des Museumspersonals und der Institutionen selbst auf den staatlichen Druck. Hierzu gehört die Unterstützung des Regimes, Versuche, Neutralität zu bewahren und Bemühungen, die Gegenwart zu dokumentieren. Die Analyse argumentiert, dass die internationale Isolation russischer Museen diese Herausforderungen teils verstärkt und möglicherweise den Prozess beschleunigt, dass Museen zu Propaganda-Instrumenten des Regimes werden.

Einführung

Das Museumswesen in Russland ist immer noch vom Erbe der 70-jährigen sowjetischen Herrschaft geprägt. Seit dem Ende der Sowjetunion hat es keine einschneidenden Veränderungen gegeben. Die Leiter:innen der großen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen werden immer noch von Ministerien und staatlichen Kommissionen ernannt. Dabei handelt es sich oft um Bürokrat:innen, die unerfahren sind im Umgang mit dem Personal des betreffenden Museums oder sich generell in der Welt der russischen Museen nicht auskennen. Wie andere Bildungseinrichtungen auch haben Museen – insbesondere Geschichtsmuseen – die Folgen eines Gesetzes von 2021 zu spüren bekommen, das Bildungsarbeit untersagt, die nicht vom Staat genehmigt ist und die Zusammenarbeit mit ausländischen Expert:innen und Organisationen einschränkt. Die sowjetische Praxis, mit Hilfe von Ausstellungen und Museen Propaganda zu betreiben, ist in den letzten Jahren zunehmend und flächendeckend zurückgekehrt. Seit 2015 sind landesweit ganze 24 multimediale Geschichtsparks (die unter dem Titel »Russland – meine Geschichte« firmieren) eröffnet worden. Federführend waren der Patriarchale Kulturrat der Russischen Orthodoxen Kirche, Bischof Tichon (bürgerlich Georgij Schewkunow, der heute der Metropolit von Simferopol und der Krim ist) sowie Präsident Putin. Von Anfang an hatten Expert:innen kritisiert, dass die Parks eine stark ideologisierte Schlagseite haben und Geschichtsklitterung betreiben. Allenthalben bilden Geschichtsnarrative aus der Sowjetzeit die Grundlage für die heutige, ideologisierte Interpretation der Geschichte. So startete das Museum des Sieges in Moskau 2017 ein landesweites Projekt, an dem sich 250 russische Museen beteiligten, und das den Titel »Territorium des Sieges« trug. Es sollte ursprünglich dazu beitragen, didaktisches Material und andere Informationen

zum Zweiten Weltkrieg zu verbreiten. Jetzt betreibt es allerdings auch Propaganda über das Geschehen in der Ukraine und ist auch in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine tätig. Museen sind zwar von staatlicher Finanzierung abhängig (auch wenn die versprochenen Gelder oft nicht überwiesen werden), doch haben wohl-tätige Zuwendungen dazu beigetragen, dass über die letzten Jahrzehnte eine Gemeinschaft von Museumsmitarbeiter:innen entstand, die ihre Aufgaben sorgfältig reflektieren, gut konzipierte Projekte starten und fundierte, gesellschaftlich relevante Stellungnahmen abgeben (durch Ausstellungen, Bildungsprogramme und Medienprojekte). Diese Projekte sind oft mit Hilfe privater Gelder umgesetzt worden, was den Organisator:innen mehr Freiheit gibt, sowohl in Bezug auf den Inhalt wie auch bei der Interaktion mit Besucher:innen und dem breiteren Umfeld.

Entwicklungen seit Beginn der Vollinvasion in die Ukraine

Personal

Im Museumsbereich hat es eine Abwanderung von Fachkräften gegeben, da viele Menschen das Land verlassen oder sich aus staatlichen Institutionen zurückziehen, um ihre politische Unabhängigkeit zu wahren. Von den 110 Personen, die im Januar 2023 an einer Umfrage teilnahmen, die von der Personalagentur »Sakadrom« über deren Telegram-Kanal mit dem Untertitel »Gespräche über wichtige Dinge im Kulturbereich« durchgeführt wurde, sagten 21 Prozent, sie hätten das Land verlassen, 26 Prozent erklärten, sie hätten den Job gewechselt, 12 Prozent sagten sie hätten nun eine andere Stellung und 8 Prozent erklärten, sie hätten sich beruflich neu orientiert. Nur 36 Prozent berichteten, es habe sich nichts geändert. Allzu oft sind Museumsmitarbeiter:innen gezwun-

gen, sich zwischen ihrer Arbeit und der Wahrung ihrer Meinungsfreiheit oder gar ihrer persönlichen Freiheit zu entscheiden. Wer weiterarbeitet, praktiziert letztlich oft Selbstzensur. Dies geschieht etwa aus Bedenken, dass die eigene Arbeit nicht umsonst gewesen sein soll und fortgesetzt werden muss, aus Sorge um andere Mitarbeiter:innen oder um die Zukunft des Museums als Ganzes.

Im Februar 2023 sind 50 Museumsmitarbeiter:innen aus 25 Regionen durch die Autor:innen dieser Analyse befragt worden. Auf die Frage »Was geschieht mit ihren [beruflichen] Plänen für die Zukunft?« antworteten 87 Prozent, der Grad an Ungewissheit sei hoch oder sehr hoch. Nur 12 Prozent meinten, es habe sich nichts geändert. Bei den drängendsten Fragen nannten zehn Prozent das Problem der »patriotischen Erziehung« (etwa durch Themen, die der Staat ihnen auferlegt). Weitere Befragte nannten das Thema historische Erinnerung, die Zensur, Ehrlichkeit und Genauigkeit. Bei den Fragen zur Zukunft antworteten viele, sie wollten ihr Museum als einen sicheren und offenen Raum sehen, in dem Menschen mit unterschiedlichen Meinungen sich begegnen und diskutieren können. Und in dem sie sich sicher fühlen können, auch über aktuelle Dinge zu sprechen.

Gesetzgebung

Seit Beginn des vollumfänglichen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich der Druck des Staates auf die Schul- und Vorschulbildung sowie auf Kultureinrichtungen erhöht. Besondere Bedeutung hat hier die staatliche Förderung »traditioneller Werte« und »patriotischer Erziehung«. Zu diesem Zweck wurden per Präsidialerlass Nr. 809 vom 9. 11. 2022 die »Grundlagen der staatlichen Politik zu Wahrung und Stärkung der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte« verabschiedet. Der erste Punkt dieses Dokuments verknüpft die »traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte« mit der nationalen Sicherheit des Landes. Das legitimiert de facto die Schaffung einer Staatsideologie, obwohl die russische Verfassung ausdrücklich eine ideologische Vielfalt fest schreibt, die »keine Ideologie als staatlich oder verbindlich« zulässt.

Der Erlass verwendet darüber hinaus den Begriff »destruktive Ideologie«, die den »traditionellen Werten« entgegengestellt wird. Und es heißt in dem Erlass: »In der Nationalen Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation wird die Situation in Russland und in der Welt derart eingeschätzt, dass sie sofortige Maßnahmen zum Schutz der traditionellen Werte erfordert«. Vertreter:innen des Staates, die von Museen verlangen, dass sie Programme zur »patriotischen Erziehung« auflegen, weisen dabei oft auf Rechtsdokumente wie diesen Erlass. Verpflichtende »patriotische Erziehung« Für das föderale Projekt »Patriotische Erziehung« sind 109 Milliarden Rubel vorgesehen, wie aus offen zugäng-

lichen Quellen hervorgeht. Auf der Webseite des Projekts wird angekündigt, dass versucht werden soll, die Bildungsarbeit in Schulen und Hochschule durch patriotische Veranstaltungen weiterzuentwickeln. Es ist geplant, damit 24 Prozent aller Russ:innen zu erreichen.

Ideologische Anforderungen an Kulturprojekte

Bis 2021 waren viele Projekte aus Fördermitteln des Präsidenten [im Russischen: »Fond Presidentskich Grantow«, formal eine Nichtregierungsorganisation, die im Namen des Präsidenten Fördergelder, die aus dem föderalen Haushalt stammen, verteilt, Anm. d. Red.], unterstützt worden, die vormalig über ideologiefreie Ausschreibungen vergeben wurden. Im Kulturbereich erfolgen die Ausschreibungen nun über die Präsidiale Stiftung für Kulturinitiativen, die am 17. Mai 2021 per Präsidialerlass Nr. 287 eingerichtet wurde. In den Instruktionen für die Ausschreibung im Juni 2023 werden Patriotismus und die »Ziele der militärischen Spezialoperation« genannt. Darüber hinaus werden die russisch besetzten Gebiete der Ukraine als »neue Regionen« Russlands bezeichnet.

Zensur und Kontrolle

Es hat zwar auch vor dem Krieg Fälle von Zensur gegeben, doch ändern sich jetzt die Mechanismen, nämlich von nachträglicher zu präventiver Zensur. Letztere ist eines der Merkmale totalitärer Regime. Der Staat entwickelt neue Instrumente, um die Inhalte von Ausstellungen in Museen und deren Auftritte in den sozialen Medien in Echtzeit zu überwachen.

Zensur von Ausstellungen

Eine neue Verordnung des Kulturministeriums, die am 20. Juli 2022 in Kraft trat, verpflichtete alle Museen in seinem Zuständigkeitsbereich, das Ministerium über die im Folgejahr geplanten Ausstellungen zu informieren. Damit soll sichergestellt werden, dass sie mit den »traditionellen russischen geistigen und moralischen Werten, der Kultur und der historischen Erinnerung« vereinbar sind. Viele Angestellte staatlicher Museen sind mit dieser Verordnung unzufrieden, doch haben nur wenige den Mut, sie öffentlich zu kritisieren.

Kontrolle der sozialen Medien

Die Museen sind auch von der gesetzlichen Regulierung sozialer Medien betroffen. Die Behörden bauen ein einheitliches System von Gruppen in den sozialen Medien auf. Seit dem 1. Dezember 2022 sind für alle staatlichen Institutionen Auftritte in den russischen sozialen Medien VKontakte und Odnoklassniki verpflichtend. Sämtliche Auftritte staatlicher Institutionen in den sozialen Medien müssen durch ein spezielles staatliches System geprüft werden. Sie sollen zudem mit

dem Online-Portal für staatliche elektronische Dienstleistungen »Gosuslugi« verbunden werden. Zu diesem Monitoringsystem gehört auch, dass »Zwischenfälle in den sozialen Medien« erfasst werden. »Problematische« Nachrichten werden erkannt, die daraufhin den Behörden gemeldet werden. Staatliche Auftritte in den sozialen Medien sollen einen zentralisierten Betrieb der Accounts und Nachrichtenfunktionen ermöglichen, unter anderem eine mögliche Moderation und Pläne für die Erstellung von Inhalten in den sozialen Medien. Wenn ein Museum in den sozialen Medien eine öffentliche Diskussion anstößt, wird jeder Kommentar, der nicht mit der offiziellen Ideologie konform geht, für die Behörden sofort erkennbar. Das bedeutet, dass die Museen sowohl ihrer Unabhängigkeit als auch ihrer individuellen Stimme im Internet und in den sozialen Netzen beraubt wurden. Und es zeigt, dass dieses System dazu eingesetzt werden soll, sämtliche Informationen zu kontrollieren.

Das Kulturerbe in den besetzten Gebieten

Der »International Council of Museums« (ICOM) hat die russische Invasion in die Ukraine von 2022 verurteilt und beide Seiten dazu aufgerufen, den Konflikt beizulegen.^[1] Die Fachgemeinschaft der Museen in Russland hat nicht offen gegen die Invasion protestiert. Das lässt sich dadurch erklären, dass die Museumsgemeinschaft in Russland stark polarisiert ist. Es gibt keinen sicheren Raum für einen Dialog und der repressive Apparat ist stark genug, jede öffentliche Äußerung zivilgesellschaftlicher oder beruflicher Solidarität zu unterdrücken. Individueller Protest führt zu Entlassungen und/oder Strafverfahren. Einige thematische Aspekte der Tätigkeit von Museen und ihrer Mitarbeiter:innen haben unmittelbar mit der Besetzung ukrainischen Territoriums zu tun sowie mit den Widersprüchen zwischen Völkerrecht und russischem Recht. Diese Situation stellt Museumsmitarbeiter:innen vor die Wahl: Entweder befolgen sie russische Gesetze, verlassen ihren Beruf, oder riskieren womöglich eine Gefängnisstrafe.

Interaktion mit Museen in den besetzten Gebieten

Gemäß dem Gesetz »Über die Besonderheiten der rechtlichen Beziehungen im Bereich der Kultur nach der Aufnahme der Volksrepublik Donezk, der Volksrepublik Lugansk [sic!], des Gebietes Cherson und der des Gebietes Saporoschje [sic!] in die Russische Föderation« werden Objekte des Kulturerbes in diesen Gebieten ab dem Moment der Annexion zu Objekten von »föderaler Bedeutung« und sind in ein staatliches Verzeichnis aufzunehmen. Das bereitet die rechtliche Grundlage für etwas, was schlichtweg als Enteignung zu bezeichnen ist. Museale Objekte aus den besetzten Gebieten werden gesammelt und nach Russland verbracht. Es

ist sehr wahrscheinlich, dass russische Museumsfachkräfte daran beteiligt sind. Die inkompetente »Renovierung« des Khan-Palastes in Bachtschyssaraj [Krimtatar.: Bağçasaray] und der Bau eines neuen Komplexes in Chersones nach der Annexion der Halbinsel durch Russland im Jahr 2014 lassen erwarten, dass Museen und historische Monumente in den besetzten Gebieten wohl kaum eine sorgfältige Restauration erleben werden. Leider haben die russischen Fachleute und die Museums-Community keine Möglichkeit, in Russland oder gar in den besetzten Regionen Einfluss auf derartige Entscheidungen zu nehmen.

Ausgrabungen auf der Krim

Ein besonders heikles Thema sind archäologische Ausgrabungen auf der Krim, die das Eremitage-Museum vor der Revolution von 1917 in Auftrag gegeben hatte. Bis 2014 fanden sie dann partnerschaftlich mit ukrainischen Einrichtungen statt. Nach der Annexion der Krim endeten diese Partnerschaften. Das Problem besteht in Folgendem: Wenn auf der Krim nicht mehr offizielle russische Ausgrabungen unternommen werden und wenn ukrainische Archäolog:innen keinen Zugang haben, könnten einige der Ausgrabungsstätten für immer verloren sein. Und zwar wegen Baumaßnahmen, Landwirtschaft oder illegaler Grabungen durch Menschen, die die Fundstücke auf dem Schwarzmarkt verkaufen wollen. Wie im Fall der Objekte aus Museen in den besetzten Städten Mariupol und Cherson gibt es Befürchtungen, dass Fundstücke, die bei solchen Ausgrabungen entdeckt und von der Krim entwendet werden, niemals zurückkehren könnten. Etwas Hoffnung bieten die von Moskau eingesetzten Regierungen auf der Krim, die erklärt haben, sie wollten die Art der Fundstücke einschränken, die Archäolog:innen aus der Region ausführen dürfen, auch bei offiziellen Ausgrabungen.

Objekte und Leihausstellungen

Eine wechselseitige Ausleihe von Objekten und Ausstellungen zwischen Museen wie auch Konferenzen in den besetzten Gebieten bedeuten ebenfalls eine Legitimierung der Besetzung ukrainischer Territorien. Eine Beteiligung an solchen Aktivitäten und an einer Verbringung von Objekten des Kulturerbes aus den besetzten Gebieten, damit sie in russischen Museen ausgestellt werden, stellt eine Verletzung internationaler Abkommen dar.

Die Reaktion russischer Museen und ihrer Mitarbeiter:innen auf den staatlichen Druck

Das Personal der Museen reagiert auf unterschiedliche Weise auf den staatlichen Druck. Einige kündigen. Dabei könnte es wohl um einen recht hohen Anteil handeln: In einer Einrichtung in Jekaterinburg im Ural sind laut Kolleg:innen in einer Abteilung, die früher 20 Mit-

arbeiter:innen hatte, nur noch sechs übrig. Einige sprechen auf der Arbeit nicht über Politik, weil sie Angst haben, denunziert oder anderem Druck ausgesetzt zu werden. Andere finden Wege, ihre Solidarität auszudrücken oder jene zu unterstützen, die gegen den Krieg sind. Andere wiederum unterstützen aufrichtig das Regime und glauben der Propaganda. Dann gibt es Personen, die bereit sind, alles Mögliche zu sagen, wenn dies Zugang zu Finanzmitteln und anderen Ressourcen bedeutet. Auch Museen reagieren – auf organisatorischer Ebene – auf unterschiedliche Weise: mit einer Unterstützung des Regimes, mit Versuchen, sich aus dem aktuellen Geschehen herauszuhalten, oder mit Versuchen, das Geschehen zu dokumentieren oder in die Zukunft zu investieren.

Unterstützung für das Regime

Beispiele, wie das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine gerechtfertigt wird

Einige Kunstmuseen veröffentlichten auf ihren Seiten in den sozialen Medien Informationen über eine sogenannte Bildungsveranstaltung mit dem Namen »Wissen über Helden«. Die wurde von einer Gruppe namens »Snanije« (dt.: »Wissen«) organisiert, die den Krieg durch Graphic Novels mystifiziert und Besuche von Soldaten in Schulen organisiert (unter anderem in den besetzten Gebieten Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja). Museen und andere Kultureinrichtungen haben Veranstaltungen organisiert, die Narrative zur Rechtfertigung des russischen militärischen Vorgehens verbreiten und die Ukraine (und mitunter auch die NATO) beschuldigen, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Hierzu gehört das multimediale Ausstellungsprojekt »Alltäglicher Nazismus«, das die Geschichte »der Entwicklung des ukrainischen Nazismus vom Moment seiner Geburt bis in die heutige Zeit« darstellen soll. Es war in Moskau, Nowosibirsk, Selezhard, Kirow, Woronesch und Kursk zu sehen. Das »Museum des Sieges« in Moskau zeigte die Ausstellung »Dem Vermächtnis treu«, die »modernen russischen Helden« gewidmet ist, »die an der militärischen Spezialoperation teilnehmen«.

Museen als Instrument für Propaganda und »patriotische Erziehung«

Wenn es um das Thema Zweiter Weltkrieg geht, stellen Museen die Ereignisse nicht aus einer humanistischen Sicht dar oder sprechen von einer internationalen Tragödie. Stattdessen vermitteln sie das sowjetische Narrativ von »Kriegern und Befreiern«, »Helden und Heldentum« und »Verteidigung des Vaterlandes«. Diese Narrative werden von der Propaganda eingesetzt, um das heutige militärische Vorgehen zu rechtfertigen. Auf diese Weise wird Geschichte, die nicht richtig aufgearbeitet wurde, zu einem Instrument der Manipulation durch den Staat.

Auch jüngere militärische Konflikte werden nicht aus der Sicht eines historischen Traumas und historischer Verantwortung dargestellt, sondern zur »patriotischen Erziehung« eingesetzt. So wurde zum Beispiel 2019 in Kaluga ein Museum über lokale Kriege und bewaffnete Konflikte eröffnet.

Einrichtung neuer Museen

Medienberichten zufolge wird der Staat viele Museen über die »militärische Spezialoperation« einrichten. Darüber hinaus wurden Beamte des Kulturministeriums, des Bildungsministeriums, des Forschungsministeriums und des Verteidigungsministeriums in Verbindung mit regionalen Behörden und unter Beteiligung von Sergej Naryschkin, dem Direktor des Auslandsgeheimdienstes (Sluschba Wneschnjej Raswjedki, SWR) und der Russischen Historischen Gesellschaft, beauftragt, in den Regionen »die Einrichtung von Museen zu gewährleisten«. Präsident Putin hat zudem das Kulturministerium und das Verteidigungsministerium wie auch Gruppen, die auf Schlachtfeldern archäologisch tätig sind, angewiesen, Museen mit passenden Artefakten zu versorgen, die mit der »Spezialoperation« zusammenhängen. »Gemäß dem Präsidialerlass hat das Kulturministerium ein System entworfen, um die gesammelten Objekte an Museen in verschiedenen Regionen zu übergeben«, sagte ein Pressesprecher des Kulturministeriums. Auf Betreiben des Kulturministeriums ist auch ein Verband der Geschichts- und Militärmuseen des Landes gegründet worden. Eine seiner Kernaufgaben wird es sein, »methodologische Unterstützung für regionale und kommunale Museen zu gewähren, wenn Ausstellungen über die Militärische Spezialoperation zusammengestellt werden«.

Museumsdirektor:innen verfolgen eine kremeltreue Agenda

Eines der markantesten Beispiele linientreuer Direktor:innen sind die Kommentare, die Michail Piotrowskij abgab, der langjährige Leiter des Petersburger Eremitage-Museums. Er hat Ausstellungen im Ausland mit militärischen Angriffen verglichen: »Unsere letzten Ausstellungen im Ausland sind schlicht eine sehr mächtige kulturelle Offensive. Man könnte sagen: Eine eigene Art »Spezialoperation«. Die vielen Leuten nicht gefällt. Aber wir gehen zum Angriff über. [...] Was die Haltung zum militärischen Vorgehen [in der Ukraine] angeht, ist das nicht so einfach. Krieg bedeutet einerseits Blut und Töten, andererseits ist es eine Selbstbehauptung der Menschen, eine Selbstbehauptung der Nation«.

Versuche, das aktuelle Geschehen zu ignorieren

Diese Haltung könnte bei einigen Museen eine bewusste Strategie sein. Eine Weigerung, die vom Staat vorgege-

bene Agenda zu akzeptieren, sowie Sabotage könnte ein Akt des Widerstands sein. Aber eine solche Strategie könnte auch auf die Überzeugung zurückgehen, dass Museen das aktuelle Geschehen ignorieren sollten, weil sie per definitionem nicht Distanz wahren oder sich nicht am Prozess des Interpretierens und Verstehens beteiligen können. Der Wunsch, »jenseits der Politik« zu stehen, könnte ein Versuch sein, sich vom aktuellen Geschehen abzuschirmen.

Dokumentierung der Gegenwart

Nicht alle Mitarbeiter:innen sind der Ansicht, dass Museen sich der Gegenwart zuwenden sollten. Als Antwort auf unsere Frage »Was macht Museen relevant?« antworteten 26 von 67 Befragten mit »Sich mit zeitgenössischen Fragen befassen.« (die Antwort »Auf die Bedürfnisse der Besucher:innen eingehen« wählten 47 Befragte und »Sich treu bleiben und aktuelle Angelegenheiten ignorieren« 16 Befragte). Die »Musealisierung« der jüngsten Vergangenheit ist tatsächlich ein Instrument, das uns beim Aufbau einer gemeinsamen Zukunft hilft. Die Rolle, politisch brisante Themen zu dokumentieren und Spuren der Gegenwart zu bewahren, könnte von Nichtregierungsorganisationen und anderen unabhängigen Akteuren übernommen werden. Das Online-Projekt »Sandarmoch«, das von der bekannten Menschenrechts- und Geschichts-NGO »Memorial« geschaffen wurde, zeigt zum Beispiel Orte der Erinnerung an Todesopfer der sowjetischen Repressionen (das ist ein Thema, das die gegenwärtige Regierung lieber ignoriert). Wir wissen auch, dass es Fälle gibt, in denen russische Gruppierungen ukrainischen Flüchtenden helfen, die sich zwangsweise in Russland befinden. Sie sammeln mit deren Erlaubnis Geschichten und Artefakte, damit sie eines Tages in einem Museum ausgestellt werden können.

Warum es wichtig ist, die Brücken nicht abzubauen

Bei der internationalen Zusammenarbeit zwischen Museen sind viele Verbindungen gekappt worden.

Über die Autorin/den Autor

Der Bericht, der dieser Analyse zugrunde liegt, wurde von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft aus Russland und ihren Partner:innen in Russland erstellt. Die Autor:innen sind unter dest.association@protonmail.com zu erreichen. Sämtliche Ansichten und Meinungen in dem Bericht sind allein diejenigen der Autor:innen und spiegeln nicht notwendigerweise die Position der Organisationen wider, die das Projekt umsetzen. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei der französischen NGO D'EST (<https://d-est.org/>) für die Erlaubnis, den Bericht in deutscher Sprache in gekürzter und angepasster Form abdrucken zu dürfen.

Verweise

[1] <https://icom.museum/en/news/ukraine-icom-recalls-the-role-of-culture-and-museums-in-building-lasting-peace/>

[2] <https://icom-deutschland.de/de/nachrichten/615-icom-deutschland-fordert-strikte-einhaltung-des-code-of-ethics-samt-konsequenzen-bei-verstoessen-und-zieht-bann-zurueck.html>

Das geschah auf institutioneller wie auch auf persönlicher Ebene. Einerseits ist in Russland der Erlass über »destruktive Ideologie« verabschiedet worden und es werden regelmäßig Menschen und Organisationen zu »ausländischen Agenten« erklärt. Russische Vertreter:innen des Staates verlangen von den Museen in Russland und deren Personal, dass sie sich politisch positionieren, den Krieg unterstützen und »patriotische Erziehung« sowie »traditionelle Werte« fördern.

Andererseits haben die meisten ausländischen Partner:innen die Zusammenarbeit mit russischen Museen beendet, weil sie staatliche Institutionen sind. Der Vorstand von ICOM Deutschland hat am 8. Februar 2023 einstimmig beschlossen, ICOM Russland zu »bannen«. Das deutsche Nationalkomitee forderte zudem, dass Vertreter:innen des russischen Nationalkomitees von allen internationalen Gremien suspendiert werden. Außerdem sollen russische Delegationen oder russische Mitglieder nicht an Veranstaltungen teilnehmen dürfen [was später korrigiert wurde,^[2]Anm. d. Red.] und ICOM Russland aus dem Weltverband ausgeschlossen werden. Diese Entscheidung begründete der Vorstand damit, dass »nicht weiter hingenommen werden [kann], dass im Museumsbereich so getan wird, als wäre kein Krieg, als könnte ICOM Russland agieren, als wäre nichts geschehen.« In der Erklärung heißt es weiter: »Auch Museen sind letztlich politische Akteur:innen und müssen sich positionieren.« Dadurch stehen russische Museen und ihre Mitarbeiter:innen unter doppeltem Druck: Einerseits durch den russischen Staat, der versucht, sie für seine Propaganda einzuspannen; andererseits durch die internationale Museumsgemeinschaft, die eine Isolierung anstrebt. Wie dem auch sei: Internationale Isolierung wird den Prozess beschleunigen, dass russische Museen zu Instrumenten der Kreml-Propaganda werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Die russische Politik zur Frage häuslicher Gewalt und Beschränkungen der reproduktiven Rechte von Frauen

Anonym (Russland)

DOI: 10.31205/RA.453.02

Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel analysiert das systemische Problem der Gewalt gegen Frauen in Russland, insbesondere im Hinblick auf häusliche Gewalt und reproduktive Nötigung. Häusliche Gewalt wird nicht als Straftat anerkannt, was zu unzureichendem Opferschutz führt: Opfer häuslicher Gewalt erhalten selten Hilfe, und offizielle Stellen neigen dazu, mit einer Täter-Opfer-Umkehr betroffenen Frauen die Schuld zu geben. Auch in Bezug auf reproduktive Rechte werden Frauen in Russland stark eingeschränkt. Es gibt Verbote und hohe bürokratische Hürden bei Abtreibungen, Frauen werden zu aggressiven »Beratungen« vor Schwangerschaftsabbrüchen verpflichtet und wiederholt werden gezielt Patientinnendaten geleaked. Die zunehmenden staatlichen Repressionen beschränken den Zugang zu Verhütungsmitteln und freiwilliger Sterilisierung. Trotz dieser Entwicklungen gibt es in Russland Graswurzelinitiativen, die sich für die Rechte und den Schutz von Frauen einsetzen. Diese Initiativen zeigen, dass es gesellschaftliche Unterstützung für die Bekämpfung systemischer Gewalt gegen Frauen gibt.

Geschlechtsspezifische Ungleichheit in Russland

Gewalt[1] ist eine der Manifestationen des autoritären politischen Systems in Russland. Sie breitet sich stetig aus und führt nicht nur innerhalb des Landes zu Angst, sondern auch im Ausland (wie etwa seit Beginn der Vollinvasion in die Ukraine). Strenge Hierarchien und eine Unterdrückung der Schwachen sind in allen Bereichen der russischen Gesellschaft zu beobachten: Angefangen von Schulen und Universitäten über das Gesundheitswesen bis hin zum Militär.

Dem Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (Gender Inequality Index – GII)[2] der UNO zufolge rangiert[3] Russland auf Platz 133 hinsichtlich der Gleichheit bei den politischen Rechten und Möglichkeiten, und auf Platz 81 im Gesamtvergleich der 156 Länder (Russland wurde 2022 und 2023 bei der Studie nicht mehr berücksichtigt). In den föderalen gesetzgebenden Organen Russlands (der Staatsduma und dem Föderationsrat) sitzen zu 83 Prozent Männer (wobei der Critical-Mass-Theorie zufolge mindestens 30 Prozent Frauen notwendig sind, damit es einen Einfluss auf Entscheidungsprozesse gibt). In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf zwei Aspekte der Gewalt gegen Frauen, in denen der Staat die größte Kontrolle hat, im Bereich der häuslichen Gewalt und der reproduktionsbezogenen Gewalt gegen Frauen.

Systemische Probleme bei der Gesetzgebung zu häuslicher Gewalt

Häusliche Gewalt wird in Russland nicht als Straftat eingestuft. Daher fehlen diesbezüglich offizielle Statistiken und es ist schwierig, das Ausmaß des Problems zu erfassen.

Allerdings wissen wir, dass für Frauen die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Gewalt durch den Partner zu werden, dreifach größer ist als die eines Übergriffs durch einen Fremden. Anstelle offizieller Statistiken müssen wir uns also auf verschiedene Forschungsansätze stützen.

Einer Studie von 2012 zufolge erlebt jede fünfte Frau in Russland im Laufe ihres Lebens häusliche Gewalt.[4] Seither hat es keine weiteren Forschungsarbeiten zu diesem Thema gegeben. Die letzten verfügbaren Daten des Innenministeriums stammen ebenfalls von 2012 (auch wenn sie nicht mehr öffentlich zugänglich sind) und geben folgendes Bild ab:

1. Gewalt ist in der einen oder anderen Form in jeder vierten Familie zu beobachten;
 2. Jedes Jahr sterben rund 2.000 Frauen durch die Gewalt ihres Partners oder eines anderen nahen Verwandten;
 3. Bis zu 40 Prozent aller schwerwiegenden Gewaltverbrechen werden innerhalb der Familie begangen.
- Die tatsächlichen Zahlen der Opfer waren mit Sicherheit beträchtlich höher, da diese Statistiken nur Fälle erfassen, bei denen anschließend ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Die Zahl der Gewaltverbrechen innerhalb der Familie ist gestiegen und hat sich im Laufe von vier Jahren verdoppelt (92 Prozent der Opfer waren Frauen), wenn man den jüngsten Daten des staatlichen Statistikdienstes (Rosstat) von 2016 folgt.

Weltweit gibt es in 146 Ländern ein Gesetz zur Vorbeugung gegen häusliche Gewalt, nur nicht in Russland. Die Verabschiedung eines solchen Gesetzes ist jahrzehntelang diskutiert worden: Die Staatsduma hat rund 50 Gesetzesvorlagen verhandelt, von denen die letzte aus dem Jahr 2019 stammt.

2021 erließ der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einen Beschluss, in dem festgehalten wurde, dass das Problem der häuslichen Gewalt in Russland ein »systemisches« ist, und dass die russischen Gesetze keine Mechanismen enthalten, neuen Akten häuslicher Gewalt vorzubeugen.^[5] Dem Beschluss zufolge muss Russland seine Gesetze mit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Einklang bringen und den Opfern Zugang zu fairen Gerichtsverfahren gewähren. Das ist jedoch nicht geschehen [Russland hat den Europarat 2022 verlassen].

In Russland gibt es keine Schutzanordnungen, die es einem Täter untersagen, sich dem Opfer zu nähern oder sich in der gleichen Wohnung aufzuhalten (derlei Anordnungen werden weltweit in 126 Ländern eingesetzt). Russische Gerichte weigern sich oft, den Opfern Schutz zu gewähren, selbst bei schwersten Verbrechen.^[6] Dadurch geraten die Opfer oft in neue Spiralen der Gewalt.

Der Gewalt zu entkommen, wird auch dadurch erschwert, dass der Staat Frauen nicht vor wirtschaftlicher Gewalt durch ehemalige Partner schützt (Nichtzahlung von Unterhalt für Kinder). Die Gesamtrückstände von Unterhaltszahlungen für Kinder belaufen sich in Russland auf rund 156 Milliarden Rubel. Die Frauen müssen selbst vor Gericht ziehen und sich dabei selbst mit den Verfahrensdetails vertraut machen. Das gesamte Verfahren ist langwierig und sieht keine staatliche Unterstützung für die Klägerinnen vor.

Anstelle eines Versuchs, dieses Problem zu lösen, hat Russland die Strafen für Ersträter in der Familie gemildert (sie sind 2017 zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft worden, für die eine kleine Geldbuße droht). Das bedeutete zudem, dass es in den offiziellen Kriminalstatistiken einen irreführenden Rückgang von Fällen häuslicher Gewalt gab.

In den Jahren 2017 und 2018 erhielt häusliche Gewalt große öffentliche Aufmerksamkeit, was auf eine Kampagne von Aktivist:innen zurückzuführen ist. 2018 befürwortete bei einer landesweiten Umfrage die Hälfte der Befragten, dass häusliche Gewalt unter Strafe gestellt werden sollte.^[7] Eine Petition, die ein neues Gesetz zu häuslicher Gewalt forderte, wurde von 960.000 Personen unterzeichnet. Es gab zwar einige Abgeordnete, die sich für eine Unterstützung derjenigen aussprachen, die gegen häusliche Gewalt kämpfen. Doch bewirkte die offizielle Rhetorik von »traditionellen Werten« und »Russlands Sonderweg«, dass jegliche Bemühungen im Sand verliefen.

Während der Coronapandemie erreichte die häusliche Gewalt einen Höhepunkt. Daten des Innenministeriums zufolge ging die Anzahl der Straftaten innerhalb der Familie während des Lockdowns 2020 um 13 Prozent zurück. Die Daten der russischen Menschen-

rechtsbeauftragten besagen allerdings, dass Fälle häuslicher Gewalt auf das Zweieinhalbfache zunahmen. Der Unterschied zwischen den Daten des Innenministeriums und denen der Krisenstellen lässt sich dadurch erklären, dass die Opfer oft nicht zur Polizei gehen konnten (deren Daten die Grundlage für die Statistiken des Innenministeriums bilden), weil sie sich in einer Selbstisolierung befanden, während die Krisenzentren den Opfern online und anonym halfen.

Die Zahl der Frauen, die von Familienangehörigen getötet wurden (in Prozent der Gesamtzahl von Morden an Frauen) stieg während der Pandemie von 66 Prozent (2011–2019) auf 71 Prozent (2020–2021).^[8] Zwischen 2011 und 2019 starben in Russland über 12.000 Frauen durch ihre Partner, während es 2020 und 2021 rund 2.600 solcher Todesfälle gab.

Eingeschränkter Zugang zur Justiz und mangelnder Opferschutz

Russland zählt zu den 18 Ländern, die am schlechtesten abschneiden, wenn es auf gesetzlicher Ebene um den Schutz von Frauen vor Gewalt geht. Die russische Polizei hat beispielsweise gesetzlich nicht das Recht, in eine Wohnung einzudringen, um dort Körperverletzung oder Mord zu verhindern.

Die Opfer in Russland suchen nur selten Hilfe. Nur zwischen 10 und 30 Prozent derjenigen, die Opfer von Gewalt wurden, gehen zur Polizei (wobei nur drei Prozent der dann eröffneten Verfahren tatsächlich vor Gericht landen). Es werden nur selten Strafverfahren wegen häuslicher Gewalt eröffnet. Sie werden dann häufiger eingestellt als weitergeführt, entweder in »gegenseitigem Einvernehmen« oder wegen formaler Fehler.

Polizist:innen und die Gesellschaft geben oft den Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, die Schuld (sie hätten das »provziert«). Oder aber es wird versucht, den Opfern einzureden, dass der Täter »sie einfach sehr liebt«. Die Vorstellung, dass eine Vorbeugung gegen Gewalt in der Familie »traditionelle Werte« untergräbt, ist in den Medien recht weit verbreitet.^[9] Das bringt Frauen dazu, zu denken, dass Gewalt eine »Familienangelegenheit« sei, in die sich niemand einmischen sollte. Die meisten Frauen (75 Prozent), die bei Sorgentelefonen anrufen, um wegen häuslicher Gewalt Hilfe zu suchen, haben wiederholt gewalttätige Übergriffe erlebt.^[10]

Strafvermittlungen wegen Körperverletzung werden in Russland nur dann aufgenommen, wenn das Opfer sich an die Polizei wendet. Opfer müssen eine Vielzahl von Hürden überwinden. Unter anderem müssen sie selbständig Beweise sammeln und die Unkosten tragen, während der Täter das Anrecht auf einen kostenlosen Anwalt hat. Mit anderen Worten: Der Staat verteidigt eher den Aggressor als das Opfer. Somit wird die Verantwortung für die Wahrung des Rechts der Person

auferlegt, der Gewalt angetan wurde (was ein Scheitern darstellt, die Verpflichtungen Russlands zum Schutz von Frauen zu erfüllen [zumindest, wenn die Europäische Menschenrechtskonvention als Maßstab angelegt wird, Anm. d. Red.]). Ein Strafverfahren kann nur dann eröffnet werden, wenn es mehrere Übergriffe gab, bei denen eine Frau schwer verletzt wurde, oder wenn eine Frau getötet wurde.

Den Daten von »Reiche eine Hand« zufolge, einer Initiative, die inhaftierten Frauen hilft, waren viele Frauen dazu gezwungen, das eigene Leben gewaltsam zu retten und saßen dann dafür später wegen Mordes ein. Forschungen zu Frauen, die ihre Partner getötet haben, ergaben, dass sie sich dabei in vier von fünf Fällen vor häuslicher Gewalt geschützt hatten.

Für die NGOs, die mit Kampagnen auf häusliche Gewalt aufmerksam machen, gab es 2024 dann einen Hoffnungsschimmer, als das Verfassungsgericht Russlands entschied, dass Gerichte Angreifer die Annäherung an Orte untersagen können, die regelmäßig von ihren Opfern aufgesucht werden. Das kommt einer Schutzanordnung gleich. Offenbar wurde also damit ein solches Instrument in der russischen Rechtspraxis möglich gemacht.

Eine der Frauen, die beim Verfassungsgericht die Klage eingereicht hatten, die zu dieser Entscheidung führte, war von ihrem ehemaligen Partner misshandelt worden. Eine andere war, als ihr Partner sie am Arbeitsplatz angriff, schwer verletzt worden, und zwar bis zur Bewusstlosigkeit. In beiden Fällen waren die Angreifer trotz Klagen vor dem Bezirksgericht und einer Berufung vor der nächsthöheren Instanz und dem Obersten Gerichtshof nicht mit einer Gefängnisstrafe belegt worden, sondern wurden einfach nur verpflichtet, einige Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit einzuhalten.

Unterstützung für Opfer häuslicher Gewalt

Die Unterstützungsarbeit für Opfer häuslicher Gewalt ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Staat so wenig unternimmt, um den betroffenen Frauen zu helfen. Ein Beispiel ist das Zentrum »Prawo Golossa« (dt.: »Recht auf eine Stimme«) in Woronesch, ein Teil der russischen Kinderstiftung.^[11] Das Zentrum verbreitet Informationen über Übergriffe und deren Auswirkungen auf Kinder. Allerdings werden die Einschränkungen für die Organisation immer schwerwiegender. Anfang 2024 veröffentlichte »Prawo Golossa« widersprüchliche Nachrichten: Eine über feministische Ideen, und eine andere über »Familienwerte«, mit dem Foto eines Priesters.

Es gibt in den meisten Regionen Russlands ähnliche Unterstützungsinitiativen, auch wenn sie Ziel staatlicher Repressionen sind. So müssen sie etwa auf Öffentlichkeitsarbeit verzichten, um überleben zu können. Die

Gruppe »Feminitiv« in Kaliningrad hilft Frauen in Krisensituationen. Nach Angaben von Freiwilligen dieser Initiative sind die meisten Anfragen nach psychologischer Hilfe auf häusliche Gewalt zurückzuführen. Auf ihren Accounts in den sozialen Medien erwähnt »Feminitiv« häusliche Gewalt nicht – aus Sicherheitsgründen.

Reproduktive Nötigung

In Bezug auf reproduktive Nötigung (engl.: *reproductive coercion*; also eine Situation, in der Reproduktionsentscheidungen einer Frau missbräuchlich beeinflusst werden) vollziehen sich in der russischen Politik wichtige Veränderungen. Die wichtigsten sind: ein Verbot von Abtreibungen in Privatkliniken in einigen russischen Regionen; Beratungen vor einem Schwangerschaftsabbruch, die aggressive Gespräche umfassen; Weitergabe von Patientinneninformationen an konservative Medienportale; Einführung von Geldbußen für einen »Druck« auf Frauen, Abtreibungen vornehmen zu lassen; Beschränkungen für den freien Verkauf von Mitteln zur »nachträglichen Verhütung«; Begrenzung des Zugangs von Frauen zu freiwilliger Sterilisierung.

1. Verbote von Schwangerschaftsabbrüchen in Privatkliniken

Diese Frage wurde 2023 in vielen Regionen Russlands besonders kontrovers diskutiert. Im Dezember 2023 ging eine feministische Aktivistin in Kaliningrad an die Öffentlichkeit. Sie zeigte in einer Recherche, dass sich 15 private Kliniken in der Stadt ohne triftigen Grund weigerten, bei ihr einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Lediglich eine Klinik bot einen Termin an, der dann aber auch mit einem verweigerten Schwangerschaftsabbruch endete.

Im Winter 2023/24 gab es im ganzen Land eine Vielzahl solcher Episoden, obwohl kein offizielles Verbot von Abtreibungen ergangen war. Im Gegenteil: Das russische Gesundheitsministerium erklärte, es habe nie ein Verbot erlassen und es gebe auch keine Absicht, dies auch nur in Betracht zu ziehen. Die Weigerung privater Kliniken, diese Leistung für Frauen anzubieten, wurde mit der Eigeninitiative einzelner Kliniken erklärt, die aufgrund einer *Pro-Life*-Haltung erfolge (und nicht durch staatlichen Druck).

Gleichzeitig ist die Entscheidung von Privatkliniken, keine Abtreibungen mehr anzubieten, wohl darauf zurückzuführen, dass die Staatsanwaltschaften die Lizenzierungsanforderungen verschärft haben. Früher konnte eine Klinik auch dann eine Abtreibung vornehmen, wenn sie lediglich über eine Lizenz für Gynäkologie und Geburtshilfe verfügte. Neue Bestimmungen sehen jedoch vor, dass eine Klinik (selbst wenn sie nur nichtchirurgische Abtreibungen anbietet) stationäre und intensivmedizinische Betreuung sowie Anästhesiemög-

lichkeiten vorweisen muss. Diese Veränderungen waren der tatsächliche Grund, warum viele Kliniken keine Abtreibungen mehr anbieten.

Für Frauen in Regionen, in denen keine Abtreibungen in Privatkliniken durchgeführt werden können, sind die Optionen begrenzt: Sie müssen auf »Abtreibungstourismus« zurückgreifen und in Regionen fahren, wo Abtreibungen in privaten Kliniken noch angeboten werden. Oder sie müssen in eine staatliche Klinik gehen. Ersteres ist oft zu teuer. Letzteres ist mit beträchtlichen bürokratischen – und psychologischen – Schwierigkeiten verbunden. Und es kann viel Zeit erfordern, nämlich durch die obligatorische, 2012 eingeführte »Ruhewoche«, der zufolge zwischen Beratungsantrag und der Abtreibung sieben Tage liegen müssen. Diese Verzögerung bedeutet möglicherweise, dass mehr Frauen eine chirurgische Abtreibung vornehmen lassen müssen. Ein solcher Eingriff ist sehr viel komplexer und kann sehr viel ernstere Folgen für die Gesundheit haben.

2. Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch

Die Beratungen, die vermeintlich Frauen in Krisensituationen helfen sollen, eine wohlinformierte Entscheidung zu treffen, sind schnell zu einer Form psychologischer Folter geworden. Es liegt auf der Hand, dass Priester, Sozialarbeiter:innen und Psycholog:innen, die anhand ihrer Statistiken zeigen sollen, dass ihr Vorgehen zu weniger Abtreibungen führt, auf alle möglichen Methoden und Argumente zurückgreifen können.

Frauen beschreiben, wie Psycholog:innen und Priester unterschiedliche Taktiken verfolgen, um den emotionalen Zustand der betroffenen Frauen zu destabilisieren. So kann etwa gefragt werden »Warum haben Sie beschlossen, genau dieses Kind zu töten? Warum nicht eines der anderen, die Sie schon geboren haben?« Eine der vorgeschriebenen Fragen ist die nach der Meinung des Kindsvaters, ganz gleich, wie das Verhältnis zu ihm aussieht. Auf jeden Fall wird den Frauen nahegelegt, dass sie zusammen mit dem Kindsvater kommen und eine gemeinsame Entscheidung treffen sollen.

Die Ärzt:innen, die diese Beratungen durchführen, überschreiten oft die Grenzen anständigen Verhaltens. In einem Interview mit einem christlich-orthodoxen Medienportal verhehlte ein Arzt nicht, dass er versucht, seine Patientinnen mit Küretten und Details des Abtreibungsverfahrens abzuschrecken. »Ich nehme ein Instrument und zeige anschaulich, wie eine Abtreibung erfolgt«, sagte er. Oft sind falsche Informationen über das Risiko einer Unfruchtbarkeit zu hören, oder zu möglichen Komplikationen und Folgen von Abtreibungen.

Die Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch soll für alle Patientinnen staatlicher Kliniken verpflichtend sein, obwohl das zwei föderalen Gesetzen widerspricht: 1) Nichtmedizinische Mitarbeiter:innen dürfen

keine Beratungen zu medizinischen Fragen anbieten; 2) Die Weitergabe medizinischer Details an Nichtmediziner:innen stellt eine Verletzung des Datenschutzes von Patient:innen dar.

3. Leaks von Patientinnendetails

Mehrere große konservative, den Krieg unterstützende Telegram-Kanäle – etwa »Konservatiwnaja Z« (dt.: »Konservatives Z«), »Russkaja Obschtschina« (dt.: »Russische Gemeinde«), »Aleksandra Maschkowaja-Blagich«, ANO »Spassi Schisn« (dt.: »Rette das Leben«) – veröffentlichen regelmäßig Details über Situationen bei einer Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch, von denen Frauen berichtet haben. Das bedeutet, dass die Details von jenen geleakt wurden, die die Beratung vornahmen.

In diese Art von Veröffentlichungen werden oft die Klarnamen der betroffenen Frauen genannt. Und sie wird von aggressiver Kritik an deren moralischer Haltung und deren Lebensentscheidungen begleitet. Das kann für die betroffenen Frauen weitere psychische Traumata und zusätzliche Nachstellungen im Internet und den sozialen Netzwerken bedeuten.

4. Strafen für die »Nötigung« von Frauen zur Abtreibung

Seit August 2023 haben neun russische Regionen nacheinander identische Gesetze verabschiedet, durch die Geldstrafen für jene eingeführt wurden, die Frauen zur Abtreibung »drängen«. Die Definition von »drängen« ist extrem schwammig und umfasst Handlungen wie »überreden« und »vorschlagen«. Und sie kann gegen den Partner der betreffenden Frau angewandt werden. Eine Geldstrafe kann unabhängig davon verhängt werden, ob die Frau abgetrieben hat oder nicht.

5. Verschärfung der Rezeptpflicht für Medikamente zur nachträglichen Verhütung

Am 1. September 2023 erließ das russische Gesundheitsministerium eine Verordnung, durch die die Verbreitung von Medikamenten für medikamentös vorgenommene Abtreibungen und zur nachträglichen Verhütung eingeschränkt wurde. Das betrifft insbesondere zwei Präparate, die bei medikamentösen Abtreibungen eingesetzt werden: Misoprostol und Mifepriston. Das bedeutet, dass die Bestände von Mifepriston, das auch bei nachträglicher Verhütung eingesetzt wird (in 20-fach verringerter Dosis), jetzt quantitativ, jedoch ohne Dosierungsspezifisierung nachgewiesen werden müssen. Apotheken können es nicht mehr gegen ein normales Rezept ausgeben (das in der Praxis oft nicht geprüft wird). Stattdessen müssen sie darauf achten, dass der/die Patient:in ein korrektes Rezept vorlegt, weil Verstöße Strafverfahren nach sich ziehen könnten. Gynäkolog:innen haben

früher nie mit Präparaten gearbeitet, die auf diese Art reguliert wurden (der neue Status bedeutet, dass eine Klinik die Gesundheitskarte einer Patientin anfordern muss, um Mifepriston zu verschreiben).

Patientinnen können damit nicht mehr anonym bleiben, und es ist deutlich schwieriger für sie geworden, an die betreffenden Präparate zu kommen. Je schneller man eine »Pille danach« nimmt, desto wahrscheinlicher kann eine Schwangerschaft vermieden werden. Vor einem Jahr noch war die Entfernung bis zur nächsten Apotheke ausschlaggebend. Jetzt kann es aufgrund der neuen Hürden Tage dauern, wobei das Präparat nur bis zum dritten Tag danach wirksam ist.

Für ein anderes populäres Präparat zur nachträglichen Verhütung gibt es bislang keine Beschränkungen durch das Gesundheitsministerium, nämlich für Levonogestrel. Laut Herstellerangaben sollte das Medikament frei verkäuflich sein. Allerdings weigern sich manchmal Apotheken trotzdem, Frauen das Präparat ohne Rezept zu verkaufen.

6. Beschränkter Zugang für Frauen zu freiwilliger Sterilisierung

Trotz des Widerstands durch Ärzt:innen und konservative Gruppierungen wird chirurgische Sterilisierung ein zunehmend populäres medizinisches Verfahren. Allerdings ist unter Patientinnen die Ansicht weit verbreitet, dass man über 35 sein und zwei Kinder haben muss, um dafür in Frage zu kommen. Das Gesetz verlangt allerdings nur *eines* dieser beiden Kriterien. Große Medienportale befördern dieses Missverständnis weiter. Über eine ganze Reihe von medizinischen Gründen, die eine Sterilisierung rechtfertigen können (unabhängig vom Alter und der Anzahl der Kinder), gibt es nahezu keine öffentlich bestätigten Informationen.

Darüber hinaus wird diese relativ einfache Operation in Russland immer unter Vollnarkose vorgenommen. In Europa wird seit 1983 Spinalanästhesie eingesetzt, bei der es keine erheblichen Nachteile gibt. Zwar kann sich der Blutverlust erhöhen, allerdings nur in seltenen Fällen. Die meisten Frauen würden diese Methode wählen, weil die Erholung viel schneller einsetzt als nach einer Vollnarkose.

Gruppen, die für reproduktive Rechte kämpfen

Es gibt in Russland derzeit nicht viele Graswurzelinitiativen, die sich für reproduktive Rechte einsetzen. Dennoch erzielen sie wichtige Erfolge, und deswegen ist es wichtiger denn je, sie zu unterstützen. Allein ihre reine Existenz verdeutlicht, wie unpopulär die Beschränkungen der reproduktiven Rechte sind. Und es zeigt, wie viele Menschen bereit sind, Zeit und Geld aufzuwenden, um sich dem aktuellen Trend entgegenzustellen.

Unmittelbar nach Einführung der Restriktionen für Präparate zur nachträglichen Verhütung im Sommer 2023 schuf eine Gruppe von Aktivist:innen aus Petrosawodsk ein System, um die Versorgung mit »Pillen danach« zu gewährleisten. Die »Stiftung für Medikamente zur nachträglichen Verhütung« wurde im September 2023 gegründet. Anonyme Aktivist:innen aus 77 Städten haben sich darin zusammengeschlossen. Befreundete Gynäkolog:innen steuern die Rezepte für die Pillen bei, die dann von Freiwilligen mit Hilfe von Spendengeldern gekauft werden. Die Frauen können ihre Anfragen über einen Chat-Bot auf Telegram stellen, der einen Auftrag für die Verhütungsmittel an Freiwillige sendet und bei der Festlegung des Übergabeorts hilft. Sehr viele Menschen haben dieses Projekt mit Geld und ihrer Zeit unterstützt. Sie betrachten es als Graswurzelinitiative, die praktische Hilfestellung leistet und daher unterstützenswert ist. Die Bedeutung des Projekts ist schwerlich zu überschätzen, da die meisten der Frauen, denen es hilft, unter 15 sind.

Die Graswurzelinitiative »Reschaj Sama!« [dt. »Entscheide selbst!«] wendet sich gegen die Praxis rechtswidriger und übergriffiger Beratungen vor Schwangerschaftsabbrüchen. Sie entstand 2021 in Rostow am Don und hat sich mittlerweile auf über 20 Regionen ausgebreitet. Aktivist:innen hinterlassen an den Info-Schaltern von Kliniken vorgefertigte, von Anwälten geprüfte Formblätter zur Verweigerung der Beratung. Hinzu kommen Flugblätter mit Empfehlungen, wie der psychologische Schaden begrenzt werden kann. Mit der Parole »Du brauchst keinen Grund für eine Abtreibung« verteilen Aktivist:innen Materialien, wie man seine Rechte wahren und die erforderlichen Dokumente sowie Unterschriften in medizinischen Einrichtungen erlangen kann. Da einige Frauen nicht wissen, was bei den Sitzungen mit »Psycholog:innen« vor sich geht, und das Risiko nicht genau einschätzen können, sammelt »Entscheide selbst!« Berichte von Patientinnen, die den Druck der Psycholog:innen erlebt haben. So schrieb eine der betroffenen Frauen: »Das Verfahren war ein stärkerer psychologischer Schlag als die Abtreibung selbst.« Solche Geschichten und Zitate helfen, den Schmerz öffentlich zu machen, den diese Praktiken auslösen. Und das bei einer Maßnahme, die vorgeblich als etwas Notwendiges und Hilfreiches eingeführt wurde.

Die Gemeinschaft ist gewachsen, und zwar um die Gruppe »Wahrheit über Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft« in dem sozialen Netzwerk »VKontakte«. Sie wurde 2015 gegründet und macht es für Frauen, die es gewohnt sind, Sätze zu hören wie »Warum willst du überhaupt darüber sprechen?«, möglich, ihre negativen Erfahrungen mit Schwangerschaft und Geburt in einer unvoreingenommenen Atmosphäre zu diskutie-

ren. Damals war die Frage der reproduktiven Rechte noch weniger kontrovers. Bemühungen, das System zu ändern und Abtreibungen von der Liste der Verfahren zu streichen, die von der Pflichtversicherung übernommen werden, kamen von konservativen Gruppierungen, und nicht vom Staat. Da die Lage sich mittlerweile verschlechtert hat, ist die Gemeinschaft jetzt stärker politisiert. Administrator:innen und Autor:innen sind zu Aktivist:innen geworden, die Gesetzesinitiativen gegen Abtreibungen bekämpfen. 2020 haben Kampagnen dieser Gemeinschaft geholfen, einen Versuch des Gesetzgebers aufzuhalten, durch den die Anzahl der medizinischen Gründe für eine Abtreibung reduziert werden sollte.

Diese Online-Community für reproduktive Rechte in VKontakte hat heute über 40.000 Abonnent:innen und ist die größte russischsprachige Resource für Menschen mit *Pro-Choice*-Ansichten. In jüngster Zeit haben Aktivist:innen der Gruppe nicht nur Geschichten von Frauen veröffentlicht, die unter den Ärzt:innen zu leiden hatten, sondern auch Forschungen zu gynäkologischer Gewalt, die sie gemeinsam mit freiwilligen Soziolog:innen unternehmen. In einer Atmosphäre von Lügen und Verschweigen suchen die Aktivist:innen nach vertrauenswürdigen Ärzt:innen und bitten sie, kontroverse Themen zu diskutieren. Die Gemeinschaft unterhält eine Weiße Liste und eine Schwarze Liste von Gynäkolog:innen und Geburtskliniken.

Über die Autorin/den Autor

Der Bericht, der dieser Analyse zugrunde liegt, wurde von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft aus Russland und ihren Partner:innen in Russland erstellt. Die Autor:innen sind unter dest.association@protonmail.com zu erreichen. Sämtliche Ansichten und Meinungen in dem Bericht sind allein diejenigen der Autor:innen und spiegeln nicht notwendigerweise die Position der Organisationen wider, die das Projekt umsetzen. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei der französischen NGO D'EST (<https://d-est.org/>) für die Erlaubnis, den Bericht in deutscher Sprache abdrucken zu dürfen.

Verweise

- [1] <https://www.after-russia.org/ru/explained/gender-violence>
- [2] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/996122/umfrage/ranking-der-laender-mit-der-niedrigsten-geschlechtsspezifischen-ungleichheit/>
- [3] <https://www.weforum.org/publications/global-gender-gap-report-2021/>
- [4] https://web.archive.org/web/20240616180243/https://rosstat.gov.ru/free_doc/new_site/population/zdrav/zdravo-2011.pdf
- [5] <https://www.hrw.org/news/2019/08/22/european-court-slams-russia-over-domestic-violence-case>
- [6] <https://ria.ru/20210309/order-1600436138.html>
- [7] <https://fom.ru/Obraz-zhizni/14087>
- [8] <https://readymag.website/algorithmsveta/2020-2021/>
- [9] https://wcons.net/assets/files/aivazova_3-13.pdf
- [10] https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/russia1018ru_web_free2.pdf
- [11] <https://dfvrn.ru/projects/proekt-pravo-golosa/>

Fazit

Frauen sind in der russischen Gesellschaft zunehmend angreifbar. Die systemischen Lücken in der russischen Gesetzgebung, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt hat, sind nicht angegangen worden. Es gibt keine Wege, jene zu schützen, die Gewalt durch wiederholte Übergriffe erfahren haben. Und es gibt für die Opfer keinen Weg, Gerechtigkeit oder Hilfe vom Staat zu erlangen.

Die Lage hat sich darüber hinaus durch Verbote verschlechtert, die den freien Willen von Frauen einschränken, über den eigenen Körper zu bestimmen. Viele dieser Einschränkungen werden schrittweise eingeführt, ohne große offizielle Ankündigungen. Tatsächlich handelt es sich hier um ein signifikantes Charakteristikum der derzeitigen russischen Politik: Destruktive Veränderungen werden klammheimlich und unterschwellig eingeführt. So besteht beispielsweise kein formales Verbot von Abtreibungen. In der Praxis jedoch weigern sich viele Kliniken, sie vorzunehmen.

Dessen ungeachtet sind viele NGOs und Graswurzelinitiativen weiterhin in Russland aktiv und helfen Frauen in den schwierigsten Situationen. Aus diesem Grund ist es so wichtig, dass nichtstaatliche Zusammenschlüsse, die sich dafür einsetzen, dass die systemische Gewalt in der russischen Gesellschaft gestoppt wird, Unterstützung erfahren.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>